



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

25. November 2016

Unsozialer Haushalt +++ Steuereuphorie? +++ »Hamburg hat Platz!« +++ Türkei: praktische Solidarität +++ Lenzini

Liebe Leserinnen und Leser,



Gegen »Gefahrengebiete«, 2014 (M. Joho)

mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist die globale Situation nicht gerade kalkulierbarer geworden, die Rechtspopulisten allerorten meinen jedenfalls weiteren Aufwind zu verspüren. Dass auch eine andere Entwicklung denkbar ist, zeigt nicht zuletzt Berlin, wo mit einem gerade auf den Weg gebrachten rot-rot-grünen Senat andere Akzente gesetzt werden ... können und müssen! Und die sind bitter nötig, andernfalls wird die Sorge bezüglich der welt- und sozialpolitischen Verwerfungen, aber auch die Enttäuschung über die etablierte Politik das gegenwärtige, sowieso schon brüchige System weiter aushöhlen und den Rechtstrend befördern.

Leider haben wir es in Hamburg mit einem Senat zu tun, der am Sozialabbau festhält und die immer weiter aufgehende Arm-Reich-Schere weitgehend ignoriert. Oder wie ist es zu verstehen, dass ein Erster Bürgermeister bei der Wiedereröffnung des historischen Musiksaals im Gewerkschaftshaus – also vor einigen Hundert GewerkschafterInnen – ganz lapidar darüber resümiert, dass die soziale Spaltung in unserer (Stadt-)Gesellschaft dramatisch zunehme? Hej, wer ist da auf Landes- und Bundesebene schon seit Längerem am Ruder?

Von diesen Themen bzw. Fragen handelt zu einem guten Teil auch der neue »BürgerInnenbrief«. Wir beschäftigen uns mit den zutiefst undemokratischen Entwicklungen in der Türkei und – kurz – mit der Situation der Geflüchteten in Griechenland und Italien. Und auch die unsoziale Haushaltspolitik und den unzureichenden Umgang mit den (zusätzlichen) Steuererträgen rücken wir erneut in den Fokus, natürlich mit

Blick auf die dreitägige Erörterung des Etatentwurfs vom 13. bis 15. Dezember in der Hamburgischen Bürgerschaft. Wer einen Blick riskieren will, wie die »VolksvertreterInnen« – in diesem Falle die VertreterInnen von SPD und GRÜNEN, denn die Änderungsanträge der Opposition werden im Normalfall von diesen abgelehnt – das Geld für die nächsten zwei Jahre verteilen wollen, kann sich das ganze Schauspiel via Livestream anschauen (<https://www.hamburgische-buergerschaft.de/aktuelles/4410322/buergerschaft-live/>).

Zu allem Überfluss müssen wir uns auch noch damit herumschlagen, dass in Hamburg erst der OSZE-Gipfel (8./9.12.2016) und im kommenden Jahr der G20-Gipfel (7./8.7.2017) stattfindet, mit jeweils mindestens 10.000 PolizistInnen und einer Entourage in vierstelliger Größenordnung. Immerhin wird es auch – na, sagen wir – eine größere Anzahl GegendemonstrantInnen geben. Dabei hätte Hamburg Besseres zu tun, als nun auch noch Gastgeber der Staaten und Regierungschefs zu sein, die für das Elend auf der Welt maßgeblich verantwortlich sind. Die Welt braucht wirklich Anderes. So beantragen wir auf der Bürgerschaftssitzung am 30. November kurzerhand, dass unsere Freie und Hansestadt **nicht** als Treffpunkt der zwanzig reichsten Industrienationen und Schwellenländer im Juli 2017 zur Verfügung steht. Wie wäre es denn damit – das steht aber nicht im Antrag –, als Alternativort die doch recht gut gesicherte Insel Alcatraz dafür zu nutzen, wenn die sich schon unbedingt zusammensetzen wollen?! Zimmer gäbe es da auch genug.

Herausgeberinnen und Redaktion

Unsozialer Doppelhaushalt 2017/2018

Von Norbert Hackbusch und Norbert Weber



Anhörung am 2.11.2016 (Presseabteilung Linksfraktion)

Es geht um fast 21 Milliarden Euro! Und es geht darum, wofür dieses Geld verwendet werden soll – es geht um die Gestaltung Hamburgs in den nächsten zwei Jahren. In den Verhandlungen über den Haushaltsentwurf des Senats entscheidet sich, ob diese 21 Milliarden Euro den Menschen in Hamburg zugutekommen, ob sie in Schulen und Straßensanierungen fließen – oder ob sie für völlig überflüssige Projekte ausgegeben werden. Und es geht nicht nur um die Verteilung von Geld, sondern auch darum, wo eingespart und gekürzt wird. Auch das betrifft die meisten Menschen in der Stadt.

Der Hamburger Haushalt ignoriert die soziale Situation in Hamburg und ist eine Kampfansage an die Beschäftigten im öffentlichen Bereich!

DIE LINKE sieht Hamburg nicht als Unternehmen, bei dem das entscheidende Ziel ist, Gewinne zu machen oder gar zu maximieren. Wir halten die Verantwortung des Senats hoch, die wichtigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben in dieser Stadt aktuell und für die Zukunft zu erledigen. Und der aktuelle Senat hat dabei eine für die Staatsfinanzen glückliche Situation mit relativ hohen Steuereinnahmen und sehr niedrigen Zinsen.

Was hat der Senat damit gemacht und was schlägt er für die Zukunft vor?

Das erste: Er verweigert sich der realen Situation in der Stadt, er verschleierte sie sogar. In der Pressekonferenz zu diesem Haushalt im Mai 2016 gab es zwei wesentliche Botschaften: »Alle (ZuwendungsempfängerInnen) haben, was sie brauchen.« Und: »Es gab an keiner Stelle weniger Leistungen und wird sie auch in den nächsten Jahren nicht geben.«

Das stimmt nicht und das kann jedeR, die oder der mit offenen Augen durch die Stadt geht, bemerken: Seien es die Bürgerhäuser, die Stadtteilkultur, die Bezirksämter, die Senio-

renneneinrichtungen, die Beratungsstellen usw. Und alle werden berichtet haben, dass sie Leistungen einschränken müssen, weil sie durch das Einfrieren der Zuwendungen jedes Jahr weniger zur Verfügung haben.

Die SPD hat sich mit ihrer Politik der Schuldenbremse in den Behörden und bei den sozialen und kulturellen Einrichtungen eine Stimmung geschaffen, die sich nicht mehr um die Lösung der Probleme sorgt, sondern in weiten Bereichen nur noch den Mangel verwaltet. Die Politik des Senats, die Ausgaben nicht weiter zu erhöhen als um 1%, ist eine Kampfansage gegen all die Menschen, die für die soziale und kulturelle Basis dieser Gesellschaft arbeiten. In allen Bereichen der Gesellschaft gehört es zum solidarischen Grundprinzip, Tarifierhöhungen zu bezahlen und den arbeitenden Menschen zumindest die steigenden Lebenshaltungskosten auszugleichen. Der Hamburger Senat stellt sich hin und sagt: Die Menschen in Hamburg, die für das Soziale und Kulturelle arbeiten, sind entweder zu gut bezahlt oder sie arbeiten zu wenig. Deshalb werden Personalkosten höchstens mit 1,5%, meist nur mit 0,88 oder gar 0,0% »ausgeglichen«. Und diese Linie gilt nicht für zwei Jahre, sondern in weiten Bereichen für weit mehr als ein Jahrzehnt. Und dabei wissen alle in dieser Stadt, dass gerade in diesen Bereichen nicht gut verdient wird und dass gerade diese Bereiche personalintensiv sind und sein müssen – also auch kaum technologischer Fortschritt Einsparungen bringt.

Ist die Stadt sozialer geworden?

Die SPD hat sich auf die Fahnen geschrieben, »alles zu tun, um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu bekämpfen«. Der Satz hat es ins Regierungsprogramm immerhin zu den Worten »Ar-

Norbert Hackbusch ist Bürgerschaftsabgeordneter für DIE LINKE, Norbert Weber ist finanzpolitischer Referent der Linksfraktion für Finanz- und Haushaltspolitik.



2.11.2016 (Presseabteilung Linksfraktion)

mut bekämpfen« oder »Maßnahmen« geschafft. Doch sehen wir uns die Zahlen für Hamburg an, insbesondere die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote (die von Wissenschaftlerinnen anerkannteste Zahl) laut Statistischem Bundesamt:

	2005	2010	2012	2014
Armutsgefährdete Hamburgerinnen	17,4%	17,4%	17,6%	18,0%

Die Zahlen bedeuten zum ersten, dass die große Verunsicherung der Menschen bezüglich ihrer sozialen Zukunft berechtigt ist. Zum zweiten, dass das große Versprechen, Hartz IV würde nach einer kurzen Schmerzphase Erfolge in der Bekämpfung der Armut bringen, wissenschaftlich eindeutig widerlegt ist. Drittens, dass die SPD-Politik in Hamburg in wirtschaftlich stabilen Zeiten, in denen »ausreichend Steuermittel zur Verfügung stehen«, in diesem zentralen Punkt ihre Versprechen nicht einhält.

Die Zahlen sind übrigens noch dramatischer, wenn die besonders hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg berücksichtigt werden. Ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft kommt zu einem Anteil von über 20%, lies: Es geht um über 350.000 Hamburgerinnen und Hamburger, nicht etwa schwermüßig um junge Menschen vor ihrer Erwerbsgeschichte, sondern besonders um Alleinerziehende und in kräftig steigender Zahl um Menschen im Rentenalter. Und gerade die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wird das Problem noch verstärken.

Wie ist die Bilanz bei den Schulen?

Aus einem dramatischen Appell der Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen vom Juni dieses Jahres wollen wir zitieren: »Heute blicken wir auf die Ergebnisse der Hamburger Bildungspolitik aus den letzten neun Jahren: Einem immer kleiner werdenden Teil der Hamburger Schülerinnen und Schüler, denjenigen, die sich selbst schon sehr anstrengen müssen, um ihre Bildungsnachteile aufholen zu können, werden die größten Herausforderungen unserer Zeit aufgebürdet. Die 42% StadtteilschülerInnen sollen dafür sorgen, auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und nun auch den allergrößten Teil der neu nach Hamburg zugewanderten Schülerinnen und Schüler zu integrieren. Diese 42% sollen mit ihren Eltern und LehrerInnen für den Zusammenhalt in unserem Tor zur Welt, unserer

Stadt Hamburg sorgen. Das kann nicht gelingen.« Welch eine heftige Kritik für einen rot-grünen Senat. Aber statt eine Diskussion über (auch finanzielle) Unterstützung zu führen, verweigert der Senat jede Diskussion und lässt den Aufruf der SchulleiterInnen gegen die Wand fahren.

Anhörung der Linksfraktion

Am 2. November hatte die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zu einer Öffentlichen Anhörung zum Thema »Die soziale und kulturelle Zukunft in Hamburg – zum Haushalt 2017/2018« geladen. Dieser Einladung ins Rathaus folgten 24 Einrichtungen mit 30 TeilnehmerInnen sowie eine große Anzahl von interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Im Rahmen dieser Anhörung führten die angehörten TeilnehmerInnen von sozialen und kulturellen Einrichtungen und Projekten aus, wie sie unter dem Diktat der Schuldenbremse leiden. Wir haben erfahren müssen, dass die Wirkweisen sehr unterschiedlich sind. Sie reichen von der Zuweisung zusätzlicher Aufgaben ohne Zuweisung zusätzlicher Mittel über die Nichtfinanzierung von Preis- und Tarifsteigerungen in einigen Bereichen bis hin zu Mehrarbeit aufgrund von verfestigten Armutsstrukturen oder der Nichtbesetzung von Stellen.

Unseren Abgeordneten sowie den interessierten Gästen wurde nochmals deutlich vor Augen geführt, wie dramatisch die Kürzungspolitik des Senates auf die jeweiligen operativen Arbeitsmöglichkeiten durchschlägt. Teilweise mussten bereits ganze Projekte geschlossen bzw. die Arbeit eingestellt werden, etliche stehen kurz davor.

Aber diese Anhörung zeigte auch, dass ein gemeinsamer solidarischer Kampf gegen die Kürzungen des Senats und die Schuldenbremse vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten in den sozialen und kulturellen Einrichtungen und der Schwächsten in dieser Gesellschaft möglich ist.



Zur Debatte über den Hamburger Etat 2017/2018 hat die Linksfraktion eine 40seitige Broschüre unter dem Titel »Intransparent, einfalllos, unsozial. Wie SPD und GRÜNE Hamburg kaputtsparen« herausgegeben. Die von den Haushaltsexperten Joachim Bischoff, Norbert Hackbusch, Bernhard Müller

und Norbert Weber verfasste Broschüre ist bei der Fraktion und in allen Partei- und Bezirksbüros kostenfrei zu erhalten. Oder downloaden: www.linksfraktion-hamburg.de/2016/10/06/neue-linken-broschuere-zum-haushalt-hamburg-wird-kaputtgespart/.

Steuerüberraschung & ideenlose Stadtregierung

Von Joachim Bischoff



Finanzsenator Tschentscher 2011 (Sven Teschke/wikimedia ©)

Finanzsenator Peter Tschentscher sieht Licht am Ende des Tunnels. Durch eine kluge Haushaltspolitik und günstige Wirtschaftsentwicklung habe sich die Hansestadt aus der Schuldenspirale befreit. Auch in diesem Jahr würden keine neuen Schulden gemacht. Diese Leistung sei deshalb besonders bemerkenswert, weil allein für Flüchtlinge etwa 800 Mio. Euro ausgegeben würden – rund 200 Mio. Euro mehr als ursprünglich geplant. Durch eine konsequente Haushaltsdisziplin und die gute Entwicklung der Steuererträge könnten die hohen Kosten für die Flüchtlinge voraussichtlich ohne zusätzliche Schulden finanziert werden.

Die jüngste Steuerschätzung befördert die Euphorie der rot-grünen Koalition. Hamburgs Steuereinnahmen liegen erneut deutlich über der Schätzung aus dem Mai. Im laufenden Jahr kann der Hamburger Fiskus mit Steuereinnahmen von 10,491 Mrd. Euro rechnen. Das sind 270 Mio. Euro mehr als noch im Mai geschätzt und 425 Mio. Euro mehr als in der aktuellen Haushalts- und Finanzplanung angesetzt. Hamburg wird der Prognose zufolge 2016 nicht wie geplant 65 Mio. Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen, sondern 60 Mio. Euro bekommen.

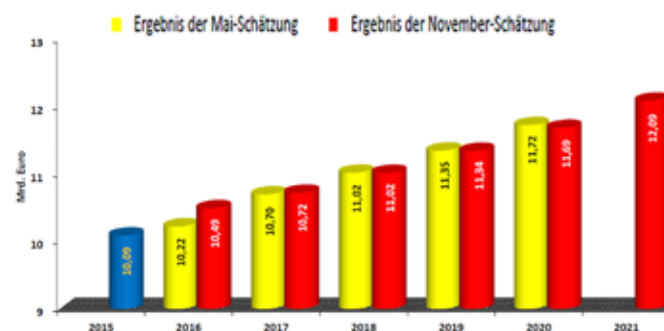
Im laufenden Jahr 2016 wird es einen Haushaltsüberschuss geben. Im Klartext: Die Hansestadt hält im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern den sogenannten Konsolidierungspfad der »Schuldenbremse« ein und entspricht seit 2014 den Anforderungen der Schuldenbremse,

die ab 2020 nur noch eine Kreditaufnahme in eng begrenzten Ausnahmefällen zulässt. Bereits 2014 und 2015 hat die rigore Sparpolitik bei wachsenden Steuereinnahmen dazu geführt, dass ein Haushaltsüberschuss erwirtschaftet werden konnte. Beim Doppelhaushalt 2015/2016 konnte Hamburg deutlich über der Planung liegende Steuererträge verbuchen. Für den Doppelhaushalt 2017/2018 geht die Planung davon aus, dass keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden. 29 Mio. Euro Plus sieht die Finanzplanung des Senats für 2017 vor, 2018 sollen es dann schon 220 Mio. Euro sein. Das Ziel, die in den Verfassungen vorgegebene Sanierung der öf-

Hamburger Steuern und Länderfinanzausgleich

Steuerschätzung vom November 2016

im Vergleich zur Steuerschätzung vom Mai 2016, in Mrd. Euro



Hamburger November-Steuerschätzung 2016 (in Mio. Euro)

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Hamburg verbleibende Steuern	10.491	10.722	11.018	11.341	11.687	12.088
Abweichung gegenüber Steuerschätzung vom Mai 2016	+ 270	+ 26	- 2	- 4	- 37	
Abweichung gegenüber aktueller Haushalts- und Finanzplanung	+ 425	+ 370	+ 386	+ 491	+ 596	

fentlichen Finanzen einzuhalten, wird von Hamburg mithin übererfüllt.

Trotzdem warnt Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) mit Rückendeckung des Bürgermeisters vor der Erwartung einer entspannten Finanzpolitik. Für die Regierung gehe es in keinem Fall darum, die bestehende Rotstiftspolitik zu lockern. Die BürgerInnen sollten sich keinen falschen Hoffnungen hingeben. Wie in den letzten Jahren bleibt es bei den drei Punkten:

- Es gibt kein Umsteuern bei den Investitionen für die öffentliche und soziale Infrastruktur.
- Eine Beendigung des Personalabbaus steht nicht zur Debatte.
- Die sozialen und kulturellen Projekte müssen die Tarifsteigerungen von mehr als 1,5% aus ihren Budgets heraus erwirtschaften.

Außerdem wäre es nach Tschentscher eine Illusion, davon auszugehen, dass am Jahresende 2016 ein Überschuss von 425 Mio. Euro in der Gesamtabrechnung herauskomme. Vielmehr seien die höheren Steuereinnahmen umgeschichtet worden in Bereiche, die nicht so gut liefen – und da hat der Hamburg Konzern ja so einige auf Lager.

Also alles eine Illusion? Nein, Hamburg werde im dritten Jahr in Folge keine neuen Schulden aufnehmen müssen. So könnten auch die 111 Mio. Euro, die als Nettokreditaufnahme geplant waren, unangetastet bleiben, so Tschentscher. Derzeit habe Hamburg 23,2 Mrd. Euro Schulden, und da werde doch jeder einsehen, dass der Verzicht auf höhere Schulden Vorrang habe und ggfs. eine Schuldentilgung erfolgen müsse.

Diese Haushaltshaltsführung ist nur zum Teil das Ergebnis von höheren Steuereinnahmen. Sie ist auch das Ergebnis einer Sparpolitik, die kaum mehr infrage gestellt wird. Die Kehrseiten des ausgeglichenen Haushaltes sind:

- In Teilen der Verwaltung wird weiterhin massiver Personalabbau betrieben zulasten der Qualität der Dienstleistungen für die Menschen in der Stadt.
- Die Investitionen sind auf einem niedrigen Niveau. Teile der öffentlichen Infrastruktur werden nicht erneuert. Die Zukunftsinvestitionen sind unzureichend.
- Für wichtige Lebensbereiche wie Wohnen, soziale Stadtentwicklung, Armutsbekämpfung und -prävention werden viel zu geringe Mittel eingeplant.

Und: Die Stadtregierung verlagert Ausgaben und Kredite auf ihre Tochterorganisationen. Faktisch wird mit dieser Festlegung der Entscheidungsspielraum künftiger Regierungen deutlich eingeschränkt. Im Klartext: Die These von der Schuldentilgung ist ein schlechter Buchhaltungstrick.

Finanzsenator Tschentscher preist die Vorzüge der von ihm verantworteten Haushaltspolitik mit dem Lobgesang, die Stadt sei dabei, ihre Schulden zurückzufahren. So seien die Schulden des Kernhaushalts von 24,94 Mrd. Euro in 2013 auf 24,5 Mrd. Euro in 2015 zurückgeführt werden. Dieser Kurs werde fortgesetzt.

Dies ist nicht die Wahrheit: Die Schulden der Hansestadt sind trotz guter Konjunktur und hoher Steuereinnahmen nach Angaben des Statistischen Bundesamts auch im vergangenen

Jahr um 1,7% auf 28,73 Mrd. Euro gestiegen. Zu diesem wenig überraschenden Ergebnis kommt man dann, wenn man auch die Kreditaufnahmen der diversen Sondervermögen einbezieht. Dazu gehören z.B. Hamburger Unternehmensholdings, die HGV und der HSH-Finanzfonds.

Hamburgs Schuldenstand 2010-2015 (in Mio. Euro)

31.12.2010	25.120	31.12.2013	25.083
31.12.2011	24.891	31.12.2014	28.242
31.12.2012	24.611	31.12.2015	28.725

Auf den Kernhaushalt entfielen danach Ende 2015 23,2 Mrd. Euro und auf die Extrahaushalte 5,5 Mrd. Euro. Nimmt man dazu noch die Schulden von Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nicht zum Sektor Staat gehören, die Ende 2015 Schulden von knapp 5,5 Mrd. Euro ausgewiesen haben, betrug die Gesamtverschuldung des öffentlichen Bereichs in Hamburg laut Statistischem Bundesamt sogar 34,2 Mrd. Euro.

Entgegen dem von der politischen Führung gepflegten Mythos (Scholz: »Es muss zu Ende gehen mit der Politik des Schuldenmachens.«) wachsen die Schulden der Stadt weiter. In einer etwas anderen Abgrenzung als das Statistische Bundesamt hatte der Rechnungshof in seinem »Monitoring Schuldenbremse Hamburg 2015« schon darauf hingewiesen, dass die Schulden des öffentlichen Bereichs zum 31. Dezember 2014 insgesamt 38,6 Mrd. Euro betrugen. Davon entfielen 23,2 Mrd. Euro (2015: 24,5 Mrd. Euro) auf den Kernhaushalt, sieben Mrd. Euro auf die Extrahaushalte und 8,3 Mrd. Euro auf sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU).

Auch die frohe Botschaft für die nächsten Jahre kann nicht überzeugen. Der Prognose zufolge wird Hamburg im nächsten Jahr 26 Mio. Euro mehr einnehmen als im Mai geschätzt. Danach würden die Steuern voraussichtlich leicht niedriger ausfallen. Durch Vorsichtsabschläge in der Haushaltsplanung seien Risiken abgesichert. Von 2016 bis 2020 habe Hamburg einen Puffer von mehr als 2,2 Mrd. Euro eingeplant.

Die höheren Steuereinnahmen sind gewiss ein wichtiger Faktor, um aus der Schuldenspirale herauszukommen. Politisch klug ist es auch, bei den künftig zu erwartenden Steuereinnahmen »Vorsichtsabschläge« einzuplanen. Die Schwankungen bei den Steuereinnahmen schlagen in diesem Fall nicht auf die Haushaltsführung durch.

Die Verlagerung der neuen Kreditaufnahmen in die Nebenhaushalte kann allerdings nicht damit beschönigt werden, dass den höheren Krediten gleichwertiges Sachkapital gegenüberstehe. Dies ist vielfach keineswegs der Fall.

Neben der guten Wirtschaftskonjunktur, die seit mehreren Jahren auskömmliche Steuereinnahmen in die öffentlichen Kassen spült, sind es die ungewöhnlich niedrigen Zinsen, von denen die HaushälterInnen Hamburgs profitieren. Im Jahr 2010 hat Hamburg für Zinsen noch knapp 1 Mrd. Euro aufwenden müssen. Das machte damals rund 10% des Haushaltvolumens aus. Im vergangenen Jahr lagen die Zinsausgaben bei nur noch 657 Mio. Euro – das sind etwa 350 Mio. Euro weniger als fünf Jahre zuvor. Mit anderen Worten: Allein durch

die niedrigen Zinsen hat Hamburg jährliche Minderausgaben von mehreren Hundert Mio. Euro. Aber die Zinssenkungen haben mittlerweile den Boden erreicht.

Der weiterhin anwachsende Schuldenberg ist für die Stadt eine immense Herausforderung. Allerdings bietet die vom SPD-Senat auch für den Doppelhaushalt 2017/2018 angekündigte, wenn auch etwas abgemilderte (beim Personal soll nun nicht im bisherigen Umfang gespart werden) Haushaltskonsolidierungspolitik keinen Ausweg. Schuldenabbau durch Sparen funktioniert nicht, weil diese Politik die regionalen Wirtschaftskreisläufe beschädigt. Gleichzeitig werden die großen Probleme der Wirtschaftsstruktur (Krise der Hafenwirtschaft) und des Vermögensverschleißes in der öffentlichen Infrastruktur nicht angepackt.

Es wäre klüger, wenn der SPD-Senat die vorhandenen finanziellen Spielräume nutzte, um diese Defizite abzumildern und Maßnahmen gegen die soziale Spaltung der Stadt zu ergreifen. Das wäre faktisch eine Art Konjunkturprogramm mit

dem Effekt höherer Steuereinnahmen. Würden dann gleichzeitig noch Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmen ergriffen (besserer Steuervollzug) und auch auf Bundesebene eine gerechtere Steuerpolitik eingefordert (z.B. Vermögenssteuer), würde das die Chancen einer Rückführung des Schuldenbergs deutlich verbessern. Außerdem würde dadurch endlich zukunftsorientierte Strukturpolitik möglich.

Eine Regierung, die zukunftsorientierte Strukturpolitik machen will, muss sich zielgerichtet mit den Veränderungsprozessen in der Region auseinandersetzen. Wir brauchen neben einer gezielten Ansiedlungs- und Gründungs-offensive mit Schwerpunkt auf industrielle Bereiche vor allem effektivere Formen der Mittelstandsförderung. In Hamburg beschäftigen sich diverse Institutionen mit der Ansiedlung neuer Unternehmen. Gleichwohl existiert ein Unbehagen, ob die Anstrengungen der öffentlichen Hand wirklich ausreichen, weitere private Investitionen anzuwerben und den Ausbau von existierenden Unternehmen zu begleiten.

Gipfel der 7 Milliarden statt G20

Von Carola Ensslen, Mitarbeiterin der Linksfraktion



G20-Symbol: Linksfraktion Hamburg

Die Vorbereitungen für den G20-Gipfel, aber auch für die Proteste dagegen und die kritische öffentliche Diskussion sind bereits im Gange. Die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft macht mit einem Antrag im Vorfeld des OSZE-Ministerratstreffens am 7./8. Dezember 2016 in der Bürgerschaftssitzung am 1. Dezember die fehlende demokratische Legitimation des G20-Gipfels auch parlamentarisch zum Thema.

In Zeiten, in denen die Weltordnung gezeichnet ist von sozialer Ungleichheit, ökologischer Verwüstung und sich ausbreitenden Kriegen, wäre es das Gebot der Stunde, sich an den Interessen der weltweit über 7 Milliarden Menschen zu orientieren, statt nur die Interessen der 20 größten Industrie- und Schwellenländer zu vertreten.

Zentrale Fragen, wie die globale soziale Situation, die Abwehr von Kriegen und internationalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen, können nur international beantwortet werden. Für diese Antworten sind die Vereinten Nationen besser ge-

eignet als die G20-Staaten. Für ein solches Zusammentreffen der Vereinten Nationen wäre Hamburg ein guter Ort, an dem auch deren Demokratisierung und Reform und ihre Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert werden könnten.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Linksfraktion, dass der Hamburger Senat sich für eine Debatte über die Auflösung der G20 und eine Überführung ihrer Entscheidungskompetenzen in die Strukturen der Vereinten Nationen einsetzen solle. Für die Gruppe der 20, die Ausdruck mangelnder Demokratie in den globalen Beziehungen ist, soll der Senat Hamburg nicht als Austragungsort zur Verfügung stehen.

Und hier der Antrag zum »Nachschlagen«:

<http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/55268/treffen-der-nicht-legitimierten-g20-in-hamburg-absagen-%e2%80%93-hamburg-zeigt-internationales-engagement-im-rahmen-der-und-f%3bc3bcr-die-vereinten-nationen.pdf>.

Iris P.-Ermittlung: Von A bis Z rechtswidrig

Von Christiane Schneider



Rote Flora (Linksfraktion Hamburg)

Die Hamburger Polizei hat die Rechtswidrigkeit anerkannt, das Verwaltungsgericht ein sog. Anerkenntnisurteil gesprochen: Nun kann nicht mehr bestritten werden, dass die verdeckt ermittelnde Polizeibeamtin Iris P. eine mehrjährige »Liebesbeziehung« unterhalten und gezielt für ihren Einsatz ausgebeutet hat. Iris P. hatte Kontakt zur queer-feministischen Szene gesucht und dabei der Betroffenen nicht nur regelmäßig vorgeschlagen, gemeinsam Zusammenkünfte und Aktionen zu besuchen, sondern sie auch angehalten, dabei gezielt zu fotografieren. Die Beamtin sah sich dann die privaten Fotos mit der Betroffenen an und bat sie auch öfter um Abzüge und Speicherkarten, die ihr arglos überlassen wurden. Auch arbeitete sie regelmäßig auf dem Computer der Betroffenen und verschaffte sich dabei unkontrollierten Zugang zu den Fotos und anderen Informationen. Diese Ausnutzung

einer »Beziehung« zur Abschöpfung von Informationen über drei Jahre hinweg ist ein tiefer Eingriff in die Grundrechte, ja in den Kernbereich des Privat- und Intimlebens der betroffenen Frau, die deshalb auch geklagt hatte.

Vor drei Monaten schon hatte die Polizei auch die Rechtswidrigkeit des Einsatzes ihrer verdeckten Ermittlerin beim freien Radio FSK anerkannt, eine Reihe weiterer rechtlich höchst problematischer Aspekte des Einsatzes hatte die Behörde in den Beratungen des Innenausschusses zugeben müssen, sodass man sagen kann: Der Einsatz von Iris P. war von A bis Z rechtswidrig. Alle von Iris P. erhobenen Daten müssen sofort gelöscht werden! Vor allem aber fordert DIE LINKE die Beendigung und das Verbot aller Einsätze verdeckt ermittelnder PolizeibeamtInnen in linken Szenen.

Initiativen gegen Abschiebepolitik

Von Christiane Schneider



Foto: Christiane Schneider

Zur Bürgerschaftssitzung am 30./31. November bringen wir zwei Anträge zur Flüchtlingspolitik ein. Erstens fordern wir: »Keine Abschiebung nach Afghanistan« und zweitens: »Aus-

setzung von Abschiebungen in den Wintermonaten«. Letzteren Antrag stellen wir nun schon seit Jahren, er wird stets abgelehnt. Aber wir wollen uns nicht damit abfinden und the-

matisieren deshalb immer wieder, dass Menschen, auch Familien mit kleinen Kindern oder Kranke und auch, wenn sie im Zielland ohne Obdach sind, wenigstens in den kalten Wintermonaten nicht abgeschoben werden. Früher haben die GRÜNEN diese Forderung geteilt, inzwischen verweisen sie auf »Einzelfallprüfung«. Ich kenne aber keinen Fall, in dem eine solche »Einzelfallprüfung« zu einer Aussetzung der Abschiebung geführt hätte.

Der Antrag, keine Abschiebung nach Afghanistan durchzuführen, ist hochaktuell: Nach Abschluss eines EU-Abkommens mit Afghanistan drängt die Bundesregierung immer heftiger, Gruppen von Afghanen abzuschieben, selbst nach dem Taliban-Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat im bisher als »sicher« geltenden Mazar-i-Sharif. Gerade dieser Angriff machte aber deutlich, dass es keine sichere Region gibt, in 31 von 34 afghanischen Provinzen wird gekämpft.

Hamburg hat es in der Hand, nicht abzuschieben: Die Stadt kann entweder ohne Einverständnis der Bundesregierung Duldungen für jeweils sechs Monate aussprechen (§ 60a AufenthG) oder den Aufenthalt aus humanitären Gründen nach § 23 AufenthG gewähren, hier wäre das Einverständnis des Bundesinnenministers notwendig. Bisher hat die Hansestadt keine Abschiebung nach Afghanistan durchgeführt, drängt jedoch sehr auf »freiwillige« Ausreise, indem sie den Geflüchteten, auch Familien mit schulpflichtigen Kindern, Ausreisefristen setzt – was zu viel Angst und Aufregung führt.

Zu den Anträgen geht's hier:

- 1) <http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/55271/aussetzung-von-abschiebungen-in-den-wintermonaten.pdf>
- 2) <http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/55270/keine-abschiebungen-nach-afghanistan.pdf>

Gut oder schlecht zu wissen

Aus einer Pressemitteilung der Linksfraktion vom 26. Oktober



Linksfraktion Hamburg

Noch immer wird Tausenden Hamburger Haushalten Strom, Wasser oder Gas abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können. So wurden in den ersten drei Quartalen 2016 bereits 8.576 Stromsperren verhängt, im gesamten Jahr 2015 waren es noch 6.239. Das ergibt eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft (Drs. 21/6341). Auch die Zahl der Gassperren (2015 bei 489 Haushalten, 1. bis 3. Quartal 2016 bei 486 Haushalten) und der Sperrungen der Wasserversorgung (2015: 700, 1. bis 3. Quartal 2016: 598 betroffene Haushalte) bleibt hoch bzw. steigt weiter an. Über eine Million Mahnschreiben haben Vattenfall und Hamburg ENERGIE vom ersten Quartal 2015 bis zum dritten Quartal

2016 verschickt. »Strom, Gas und Wasser sind soziale Grundrechte und müssen für alle Menschen gewährleistet werden«, erklärt dazu Cansu Özdemir, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion. »Energiesperren, wie sie in Hamburg tausendfach verhängt werden, können in der Konsequenz bis zur Obdachlosigkeit führen. Doch immer noch sind weder auf Bundesebene noch auf Landesebene die von SPD und CDU bzw. SPD und Grünen versprochenen Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Energiearmut erfolgt. Die aktuellen Zahlen machen deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Hamburg muss endlich konsequent die Energiearmut bekämpfen!«

Petition: »Hamburg hat Platz!«



Unter diesem Motto fordern mittlerweile rund 2.500 HamburgerInnen und 30 Gruppen und Organisationen den Senat auf, 1.000 Geflüchtete aus Griechenland in Hamburg aufzunehmen. Ähnliche Initiativen aus der Zivilgesellschaft gibt es in ähnlicher Form auch an vielen anderen Orten, so z.B. in Thüringen, Schleswig-Holstein, Bayern, München, Köln, Mannheim, Osnabrück, Offenbach, Wuppertal, Neustadt an der Weinstraße und im Wendland.

Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE hatte schon im Juni einen entsprechenden Antrag unter dem Titel »Ein humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Griechenland« (Drs. 21/4894) in der Bürgerschaft eingebracht. Da dieser immer noch im Innenausschuss zur Beratung liegt, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um Druck zu machen, nicht zuletzt durch Unterstützung der o.a. und nachfolgend aufgenommenen Petition (im Netz unter <https://weact.campact.de/petitions/hamburg-hat-platz/>).

Hamburg hat Platz!

Sehr geehrte Damen und Herren des Hamburger Senats und der Bürgerschaft,

wir fordern Sie auf zu beschließen, dass Hamburg sich bereit erklärt, zunächst umgehend 1.000 Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen. Hamburg soll von der Bundesregierung die Einreisegenehmigungen erwirken, die Transportkosten tragen und die Voraussetzungen für schnellstmögliche Unterbringung in regulären Wohnungen schaffen.

Begründung:

Seit der Schließung der Balkanroute harren rund 60.000 aus Syrien, Irak, Afghanistan, Pakistan und anderen Ländern vor Krieg und Verfolgung geflohene Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen in Griechenland aus in der Hoffnung, die Grenzen vielleicht doch noch zu überwinden und nach Deutschland gelangen zu können.

Was müssen diese Menschen in ihren Heimatländern erlebt haben, dass sie sich so verzweifelt an die Hoffnung einer

Grenzöffnung klammern oder neue, immer gefährlichere Routen auf sich nehmen?!

Die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechts-Konvention und das universale Recht auf Asyl verlangen von uns, ihnen zu helfen, statt sie Erdogans Regime auszuliefern, das seinen eigenen Bürgern die Menschenrechte verweigert.

Millionen Deutsche haben selbst Flucht vor faschistischer Verfolgung oder Vertreibung aus ihrer Heimat erlebt. Sie erhielten Asyl vor der Befreiung von der Naziherrschaft oder wurden danach in zerstörten deutschen Städten aufgenommen. Wie wäre es ihnen ergangen, wenn sie plötzlich vor Stacheldrahtzäunen gestanden und gehört hätten, »das Boot ist voll, es gibt keinen Platz mehr für euch!«?

Wir begreifen nicht, warum die Menschen im verarmten Griechenland in Zelten, unter freiem Himmel oder in Lagern unter unwürdigen Bedingungen eingesperrt leben müssen, während bei uns Erstaufnahmeeinrichtungen inzwischen wieder freie Kapazitäten haben.

Diesen Zustand möchten wir nicht länger schweigend hinnehmen. Hamburg hat nicht nur Platz, sondern wegen erhöhter Steuereinnahmen auch die finanziellen Mittel, für eine sichere Reise in unsere Stadt zu zahlen.

In Abstimmung mit dem Bund können die Bundesländer beschließen, Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufzunehmen. Allein im Rahmen des Relocation-Programms der EU, das festgelegt hatte, 160.000 Flüchtlinge, die bis März 2016 in Griechenland und Italien gestrandet waren, auf andere Länder zu verteilen, hätte Hamburg 700 von ihnen aufnehmen sollen. Aber das ist bisher nicht geschehen und reicht auch bei Weitem nicht aus, denn »Relocation« à la EU berücksichtigt nur einen Teil der Schutzsuchenden.

Wir fordern daher den Senat und die Bürgerschaft auf zu beschließen, dass Hamburg sich bereit erklärt, zunächst umgehend 1.000 Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen, die Transportkosten zu tragen und von der Bundesregierung die Einreisegenehmigungen zu erwirken.

Gleichzeitig sind auf schnellstem Wege die wohnungsbaupolitischen Voraussetzungen zu schaffen, um alle NeubürgerInnen in regulären Wohnungen unterzubringen.

Unterstützende Organisationen: Anwohner-Initiative-Jenfeld; Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg; Ausschuss Bleiberecht der GEW Hamburg; BaSchu e.V. Spielplatzverein; Brot & Rosen. Diakonische Basisgemeinschaft in Hamburg; Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen BHFI; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; EMBASSY OF HOPE, Internationales Café im Thalia Gaußstraße; »fluchtpunkt« – kirchliche Hilfsstelle für Flüchtlinge; Flüchtlingsrat Hamburg e.V.;

Friedensinitiative Niendorf-Schnelsen; Griechenland Soligruppe Hamburg; Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.; Hamburger Bündnis Stadt des Ankommens; Hamburger Forum für Völkerverständnis und weltweite Abrüstung e.V.; Kids Welcome – Kinderprogramm Erstaufnahmen; Kinderladen Maimouna e.V.; Nuit Debout Hamburg; Ottenser Gesprächskreis zu Flucht und Migration; Refugees Welcome Karoiviertel; Refugees Welcome St. Georg; Sozialpolitische Opposition Hamburg e.V.; Welcome to Wandsbek, Flüchtlingshilfe in Hamburg Wandsbek; Westwind – Hamburg e.V. (Fahrräder für Flüchtlinge); Wohnprojekt »Bunte Mischung«; Wohnprojekt »Stadt Land Fluss«.

Viel Schatten und ein wenig Licht

Surya Stülpe, Referentin bei Christiane Schneider, berichtet über eine Veranstaltung zu Italiens Flüchtlingspolitik



Bericht zu Italiens Flüchtlingspolitik, 18.11.2016 (Surya Stülpe)

Als sich am 18. November 50 Menschen im ehrwürdigen Kaisersaal versammelten, wehte ein bisschen italienisches Flair durch das Rathaus. Eingeladen hatten wir seitens der Linksfraktion Stefano Galieni, Journalist und einer der größten Kenner italienischer Flüchtlingspolitik, sowie den Fotografen Antonino Condorelli. Beide wurden von Esther Koppel, seit mehr als 40 Jahren Wahlitalienerin, übersetzt.

Die Veranstaltung wurde eingeleitet mit einer Diashow von Condorelli, in der wundervolle, aber ebenso verstörende Bilder von Menschen vor den europäischen Außengrenzen gezeigt wurden. Über eben diese Außengrenzen sprach hinterher Galieni. Er rief einige schreckliche Fakten in Erinnerung, z.B. die hohe Zahl der im Mittelmeer Ertrunkenen in diesem Jahr und die furchterliche Situation in den italienischen »Hotspots«, vor allem aber berichtete er über ein alternatives System der kommunalen Aufnahme, das in Italien praktiziert wird. Über dieses Programm werden Geflüchtete gezielt in Kommunen angesiedelt, in denen die Bevölkerung altert oder aus denen sie wegzieht. Die MigrantInnen erhalten Ar-

beit, Wohnungen und bekommen Sprachkurse. Gemeinsam mit der Dorfgemeinschaft werden so die verfallenen Dörfer wieder aufgebaut und die MigrantInnen weiterqualifiziert. Nach zwei Jahren, wenn das Programm für sie endet, sind sie besser gewappnet, um an einem anderen Ort Arbeit zu finden. »Auch wenn nicht alles perfekt ist in diesen Dörfern, es ist eine Win-win-Situation für alle«, so Galieni. An dem Programm beteiligt seien vor allem süditalienische Kommunen. Das liege vor allem an einer praktizierten Solidarität unter Armen und daran, dass im südlichen Italien die große Mehrheit der Bevölkerung selbst eine Migrationsgeschichte habe.

»Besonders bemerkenswert an diesen Kommunen scheint mir«, ergänzt Christiane Schneider, »dass die Geflüchteten als Subjekte ihrer eigenen Zukunft und nicht als Objekte einer Verwaltung betrachtet werden. Geflüchtete sind Träger von Rechten und nur wenn man sie als solche betrachtet und ihnen Angebote für ihr zukünftiges Leben macht, kann der gesamte Prozess des Ankommens auf Augenhöhe geschehen.«

Türkei: Die Unterdrückung ist allgegenwärtig

Ein Reisebericht aus Diyarbakir von Martina Renner, Cansu Özdemir und Jan van Aken



J. van Aken, Ex-St. Pauli-Spieler Deniz Naki, C. Özdemir (M. Renner)

»Worte reichen nicht mehr, die Bundesregierung muss endlich Taten folgen lassen!« Diese Worte gab uns M. Emin Aktar mit auf den Weg, einer der Anwälte des jüngst verhafteten HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtas. Tatsächlich ist die massive Unterdrückung in der Türkei momentan auch in Diyarbakir auf Schritt und Tritt zu spüren. Die Verhaftung der gesamten Führungsspitze der HDP und vieler JournalistInnen ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Auch viele gewählte kurdische Bürgermeisterinnen wurden in den letzten Monaten festgenommen.

So sitzen die beiden BürgermeisterInnen von Diyarbakir im Knast, die Stadtverwaltung ist unter die Zwangsverwaltung eines türkischen Statthalters gestellt worden. Das Rathaus ist wie ein Hochsicherheitstrakt abgeriegelt, so wie auch viele andere öffentliche Gebäude in Diyarbakir. Teile der Altstadt sind immer noch abgesperrt. Dahinter Hunderte zerstörter Gebäude, die erst bombardiert und dann mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Flüchtlinge auch aus anderen zerstörten Orten Türkisch-Kurdistans suchen weiterhin ein Dach über dem Kopf, sind auf Hilfsleistungen der Kommune und der solidarischen MitbürgerInnen angewiesen.

Die Art der Unterdrückung hat sich verändert

Die Unterdrückung hat sich verändert, neben physischem Terror setzt das Regime auch auf Überwachung. Das Internet, angesichts gleichgeschalteter und eingeschüchterter Medien Teil der Gegenöffentlichkeit, wird je nach Sicherheitslage an- und abgeschaltet. Hunderte neuer Überwachungskameras wurden in den letzten Monaten in der Stadt aufgestellt, Straßensperren prägen das Stadtbild.

Dass internationaler Druck funktioniert, zeigte sich beim Prozess gegen Deniz Naki, den früheren Fußballprofi des FC

St. Pauli. Er war auch der Terrorunterstützung angeklagt, ihm drohten bis zu fünf Jahre Knast – weil er in mehreren Tweets seine Solidarität mit den Opfern der türkischen Militäroperation in Kurdistan ausgedrückt hatte. Am ersten Prozesstag am 8. November vor einem Sondergericht in Diyarbakir forderte der Staatsanwalt überraschend die Einstellung des Verfahrens, mit der Begründung, dass die Äußerungen Nakis durch die Meinungsfreiheit gedeckt seien.

Soran Haldi Mizrak, Nakis Anwalt, sagte später, dass er eine solche Begründung noch nie von einem türkischen Staatsanwalt gehört habe. Das ließe sich nur damit erklären, dass ein Vertreter der deutschen Botschaft in Ankara mit auf der Zuschauertribüne saß, dass wir als internationale Delegation vor Ort waren und dass ein rundes Dutzend Kameras und MedienvertreterInnen vor dem Gericht warteten. Internationaler Druck funktioniert – das ist eine zentrale Lehre aus dem Prozess gegen Deniz Naki.

Der Druck auf die Bundesregierung muss erhöht werden

Es muss jetzt in Deutschland darum gehen, den Druck auf die Bundesregierung so weit zu erhöhen, dass sie endlich auch aktiv gegen die diktatorischen Maßnahmen der AKP-Regierung vorgeht. Auch wenn jetzt viel über Sanktionen und EU-Beitrittsverhandlungen geredet wird: Der erste Schritt muss doch sein, dass die Bundesregierung endlich dem Erdogan-Regime die aktive Unterstützung entzieht. Ein Stopp aller Geheimdienstkooperationen, eine Ausweisung der türkischen Geheimdienstler aus Deutschland, Stopp der Waffenexporte und ein Abzug der Bundeswehr aus Incirlik – all das sind Dinge, die die türkische Regierung und vor allem ihren Repressionsapparat massiv treffen würden.

Dazu gehört natürlich auch eine Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland. Hier glaubt doch niemand mehr, auch nicht in der Bundesregierung, dass die PKK eine Terrororganisation sei. Das Verbot ist einzig und allein politisch begründet, und diese politische Unterstützung für die türkische Regierung muss endlich entzogen werden.

Die Vorwürfe der Terrorunterstützung gegen die HDP-Abgeordneten sind genauso dünn und ausschließlich politisch motiviert wie bei Deniz Naki. Ziya Pir, ein mittlerweile wieder freigelassener HDP-Abgeordneter, sagte uns, dass die Anklage äußerst dünn und schlampig vorbereitet sei, es würden nur einige wenige Ausschnitte aus Reden des Abgeordneten zitiert, die strafrechtlich völlig irrelevant seien. So wird die Forderung nach Selbstverwaltung der KurdInnen als Beweis für die Mitgliedschaft in der PKK gewertet, weil die das gleiche fordert.

Der weitere Fortgang seines Verfahrens ist völlig offen, weil es sich eben um ein politisches Verfahren handelt, dessen weiterer Verlauf eher im Präsidentenpalast als von den Gerichten entschieden wird. Der nächste Haftprüfungstermin steht Anfang Dezember an, bis dahin wird mit weiteren Verhaftungen von HDP-Abgeordneten gerechnet. Die Verteidigung hat jetzt eine Zusammenlegung aller Verfahren beantragt.

Es geht schon lange nicht mehr nur um die Türkei

Selahattin Demirtas sitzt zurzeit in einer Einzelzelle in einem Gefängnis in Edirne, der Kontakt mit Mitgefangenen ist ihm verboten. Allerdings hat er ausdrücklich darum gebeten, die Haftbedingungen nicht zu thematisieren, da es jetzt in der Türkei um eine größere Sache gehe, um Demokratie und Freiheitsrechte. Eines gibt uns sein Anwalt dann doch zusätzlich mit auf den Weg: Es gehe nicht um Demirtas allein, aber es wäre ein wichtiges Signal, wenn der Deutsche Bundestag eine fraktionsübergreifende Delegation ins Gefängnis entsenden würde. Die Bundesrepublik müsse begreifen, dass es schon lange nicht mehr um die Türkei allein geht, sondern dass ein Gewährenlassen des AKP-Regimes eine Katastrophe für die ganze Region bedeutet.

Von 92 Abgeordneten der CDU, FDP, GRÜNEN, SPD und LINKEN persönlich unterzeichnete Resolution:

Die türkische Regierung geht nach dem gescheiterten Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs verstärkt gegen Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zehntausende Beamtinnen und Beamte, generell gegen Andersdenkende und zuletzt auch gegen gewählte Abgeordnete der oppositionellen HDP vor. Sie werden ohne rechtsstaatliches Verfahren vom türkischen Staat entlassen, verfolgt, drangsaliert, inhaftiert. Es gibt Berichte über die Wiederkehr der Folter in türkischen Gefängnissen. Es herrschen Willkür und Rechtlosigkeit unter dem Deckmantel des Ausnahmezustands.

Der türkische Präsident spricht davon, die Todesstrafe wieder einzuführen. Mit der Verhaftung von gewählten Abgeordneten greift er massiv in das freie Mandat ein. Der langjährige Demokratisierungsprozess der Türkei muss im schlimmsten Fall als gescheitert angesehen werden, wodurch auch die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufs höchste gefährdet sind.

Die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft erklären sich solidarisch mit den Abgeordneten, den Bürgermeistern, den Journalistinnen und Journalisten und all denjenigen, die sich für die Verteidigung der Demokratie in der Türkei einsetzen. Wir rufen die türkische Regierung dazu auf, umgehend alle Inhaftierten zu entlassen, den Ausnahmezustand aufzuheben, die Menschenrechte und vor allem die Meinungsfreiheit zu beachten und zu respektieren.

Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, in diesem Sinne auf die türkische Regierung einzuwirken.



Beim Demokratischen Gesellschaftskongress (Foto: via M. Renner)

Für praktische Solidarität

Sabine Boeddinghaus zur Situation in der Türkei



Am 29.6. im Rathaus (Foto: dpa)

Für die Bürgerschaftssitzung am 9. November hatte die Linksfraktion als Thema der »Aktuellen Stunde« die Situation in der Türkei benannt. Wir dokumentieren hier die Rede der Fraktionsvorsitzenden Sabine Boeddinghaus.

Vor wenigen Tagen wandte sich die seit mehr als zwei Monaten inhaftierte Schriftstellerin Asli Erdogan mit einem Hilferuf aus dem Gefängnis an die europäische Öffentlichkeit: »Jede Meinung«, schrieb sie über die Situation in der Türkei, »die auch nur ein bisschen von der der Herrschenden abweicht, wird gewaltsam unterdrückt.« Und: »Die Situation ist drastisch und extrem besorgniserregend. Ich bin überzeugt, dass ein totalitäres Regime in der Türkei Auswirkungen auf ganz Europa haben wird. Europa unterschätzt die Gefahren des totalen Verlusts der Demokratie in der Türkei.« Europa müsse Verantwortung übernehmen und sich für Demokratie, Menschenrechte und freie Meinungsäußerung einsetzen.

37.000 Menschen sind unter dem Ausnahmezustand festgenommen, über 100.000 Staatsbedienstete entlassen und 160 Medien verboten worden. Mindestens 28 demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in kurdischen Städten wurden seit September abgesetzt, zum Teil verhaftet. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit – unverzichtbare Grund- und Menschenrechte – gelten nicht mehr. Die Gefängnisse sind überfüllt, die Notstandsdekrete der Regierung, darunter die Möglichkeit, Menschen bis zu 30 Tagen in Polizeigewahrsam zu halten, fordern Misshandlungen und Folter geradezu heraus. Und Folter findet statt. Erdogan will die Todesstrafe wiedereinführen.

Die Zivilgesellschaft, vor allem in den kurdischen Gebieten, ist massiven Angriffen ausgesetzt. Armee und Polizei haben ganze Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden in den letzten eineinhalb Jahren 1.600 Zivilistinnen und Zivilisten getötet. Mit der Verhaftung der beiden Parteivorsitzenden der zweitgrößten Oppositionspartei HDP sowie weiterer neun HDP-Abgeordneter hat Erdogan die Situation weiter eskaliert. De-

mokratische Opposition wird zerschlagen. Für die kurdische Zivilgesellschaft, andere diskriminierte Minderheiten und die demokratische Linke in der Türkei wird der parlamentarische Weg zur Lösung der Konflikte somit versperrt.

Mit der Aufhebung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit begibt sich die Türkei auf den Weg in die Diktatur. Asli Erdogan hat Recht: Die Beseitigung der Demokratie in der Türkei **hat** Auswirkungen auf Europa, auch auf Hamburg. Das kann angesichts der vielfältigen wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Verflechtungen zwischen der Türkei und Europa auch nicht anders sein, und schon gar nicht angesichts der jahrzehntelangen Migration.

Fast 100.000 Hamburgerinnen und Hamburger haben ihre Wurzeln in der Türkei und zumeist noch viele soziale, kulturelle und oft auch politische Beziehungen dorthin. Unter diesen 100.000 sind viele Kurdinnen und Kurden, Alevitinnen und Aleviten oder andere Angehörige von in der Türkei unterdrückten Minderheiten.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Solidaritätserklärung mit den Abgeordneten der HDP, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Journalistinnen und Journalisten. Gerade erst haben wir gesehen, dass Solidarität und eine kritische Öffentlichkeit Wirkung entfalten können. Deniz Naki, der ehemalige Spieler des FC St. Pauli, wurde gestern freigesprochen. Das war nicht unbedingt zu erwarten. Die Solidarität, die er aus Hamburg erfahren hat, von seinem ehemaligen Club, von vielen anderen Menschen, darunter auch unsere Ko-Fraktionsvorsitzenden Cansu Özdemir, die zum Prozess geflogen war, hat zum guten Ausgang sicher beigetragen.

Wir hoffen, dass die Solidaritätserklärung die breite Unterstützung der demokratischen Kräfte in dieser Bürgerschaft findet und damit ein starkes und öffentlich wirksames Zeichen setzt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass den wichtigen Worten noch wichtigere Taten folgen. Sicher sind in erster Linie die Bundesregierung und die EU-Ebene gefragt, die eine Menge Druckmittel in der Hand haben und diese auch endlich entschlossen und entschieden nutzen müssen. Aber auch

Hamburg kann handeln, kann Schritte praktischer Solidarität ergreifen. Hamburg kann zum Beispiel versuchen, mit Kommunen, deren demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister willkürlich abgesetzt wurden, partnerschaftliche Projekte zum Schutz der Demokratie zu entwickeln.

Und ein ganz starkes Zeichen wäre es, wenn der Bürgermeister Olaf Scholz eine Patenschaft für die festgenommene Bürgermeisterin von Diyarbakir, Gültan Kisanak, übernehme. In diesem Sinne werden wir die Diskussion mit den anderen demokratischen Bürgerschaftsfraktionen weiterhin suchen und führen.

Die Linksfraktion bringt auf der Bürgerschaftssitzung am 30. November einen Antrag unter der Überschrift **»Solidarität mit bedrohten und inhaftierten Bürgermeister/-innen, Abgeordneten und demokratischen Aktivisten/-innen in der Türkei«** ein. Wer sich für den Wortlaut der entsprechenden Drucksache 21/6744 interessiert, schaut hier: <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/55266/solidarit%c3%a4t-mit-bedrohten-und-inhaftierten-b%c3%bcrgern-innen-abgeordneten-und-demokratischen-aktivisten-innen-in-der-t%c3%bccke.pdf>.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Die Wahl eines **Donald Trump** zum US-Präsidenten ist immer noch schwer zu verdauen. Einen kleinen Beitrag liefert vielleicht ein **mehrminütiger Spot(t)**, der die mexikanische Sicht auf ihren Nachbarn erhellt: www.stern.de/politik/us-wahl/donald-trump-so-kraess-verspotten-die-mexikaner-ihn-und-seine-mauer-7143170.html?utm_campaign=taeglich&utm_medium=email&utm_source=newsletter&utm_content=Kurzfilm%2B%2522M.A.M.O.N.%2522_So%2Bkraess%2Bmachen%2Bsich%2Bdie%2BMexikaner%2B%25C3%25BCber%2BTrump%2Bund%2Bdie%2BMauer%2Blustig.

Und gleich noch einen, allerdings so ganz anders gearteten Spot gibt es hier, ein kurzes **Interview mit Prof. Dr. Christoph Butterwege**, dem bundesweit bekannten Armutsforscher, den DIE LINKE als **Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten** gewinnen konnte: www.facebook.com/linksfraktion/videos/10154197658223434/.



Am 29. Oktober fand in Köln der **3. Mietenpolitische Ratschlag der linken Bundestagsfraktion** statt. Rund 80 TeilnehmerInnen diskutierten über **Bezahlbaren Wohnraum – Für alle!** Ein Bericht samt Videoeinspielung findet sich hier: www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/gemeinsam-fuer-bezahlbaren-wohnraum-fuer-alle/.



Mitte November konnten die Koalitionsverhandlungen zwecks Bildung eines gemeinsamen Berliner Senats abgeschlossen werden. Damit steht die **rot-rot-grüne Landesregierung** noch nicht ganz, denn die beteiligten Parteien müssen das Verhandlungsergebnis noch akzeptieren und am 8. Dezember Michael Müller (SPD) zum neu-alten Bürgermeister wählen. Die umfangreiche **Koalitionsvereinbarung** mit dem Titel »Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen« findet sich hier: www.morgenpost.de/berlin/article208736785/Lesen-Sie-hier-den-neuen-Berliner-Koalitionsvertrag.html. Die aus unserer Sicht wirklich positiv herausstechenden Vereinbarungen u.a. zur Wohnungspolitik werden wir im nächsten »BürgerInnenbrief« intensiver beleuchten.

Nachdem in den letzten Jahren über das gigantische **Fehlplanungsprojekt und Milliarden-grab Elbphilharmonie** allerlei Betrachtungen angestellt wurden, scheint die kritische Debatte gegenwärtig abgestorben zu sein. Einerseits verständlich, weil der Trumm kurz vor der Eröffnung steht. Andererseits lohnt es, immer wieder auf die Geschichte dieses Skandal-Konzerthauses hinzuweisen, auch auf den Punkt, dass Hamburgs SteuerzahlerInnen mal eben ein Luxushotel mit gut 200 Mio. Euro subventionieren, an dem wir alle noch lange abzahlen werden, wenn in den vergoldeten Betten längst die High Society kampiert. Wir empfehlen den Artikel von Kristian Stemmler in der »jungen welt« vom 9. November: www.jungewelt.de/2016/11-09/013.php.



Auch wenn damit noch keine Ruhigstellung garantiert ist, lässt sich die Wut doch etwas schneller an die »richtige« Adresse richten. Seit neuestem können **Beschwerden über Fluglärm auch online** vorgebracht werden, und zwar unter www.hamburg.de/fluglaerm. »Die Einführung, Bearbeitung und Auswertung der Online-Beschwerden erfolgt nach dem Fluglärmbeauftragten-gesetz (FLSBG) und ist mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Hamburg abgestimmt«, heißt es in der Senats-Pressemitteilung vom 1. November.

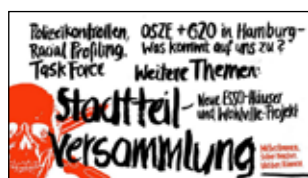
»Nach dem Absenden des Formulars erhalten die Beschwerdeführer automatisch eine Eingangsbestätigung, sofern sie eine E-Mail-Adresse eingetragen haben. Das Formular ist für die Beschwerdeführer eine zusätzliche komfortable Möglichkeit, ihre Beschwerden bei der Fluglärmbeauftragten vorzutragen.«



++++++

Von der Geschichte lernen? Um diese Frage, genauer, um **Postkoloniale Perspektiven auf Migrationspolitik** geht es auf einem Workshop am **Freitag, den 25. November**, von 10.00 bis 17.00 Uhr in der W3 (Nernstweg 32). Dabei »wird der Umgang mit den »Gästen« von damals [der Gastarbeitergeneration der 1950/60er Jahre] sowie die damals wie heute sichtbaren neokolonialen Strukturen beleuchtet«.

Mehr unter <http://w3-hamburg.de/von-der-geschichte-lernen>.



Die nächste Stadtteilversammlung unter dem schönen Titel **St. Pauli selbermachen** findet am **Sonntag, den 27. November**, um 15.00 Uhr im Ballsaal des FC St. Pauli Stadions statt. Mehr dazu unter www.st-pauli-selber-machen.de.

Am **Montag, den 28. November**, 19.00 Uhr, findet im Stadtteilhaus Horner Freiheit (Am Gojenboom 46)

das mittlerweile **18. Forum Billstedt-Horn** statt. Schwerpunkt des Abends ist das **Neue Wohnen in Billstedt und Horn**. An der Podiumsdiskussion nehmen u.a. Staatsrat Matthias Kock und Bezirksamtsleiter Falko Droßmann teil. Flankiert wird das Ganze von einer bezirklichen Ausstellung über verschiedene Wohnbauprojekte.



Um das Thema **Ausnahmezustand in der Türkei: Unterdrückung und Willkür** geht es auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Montag, den 28. November**, um 20.00 Uhr in der Fabrique im Gängeviertel (Valentinskamp 34, 4. Stock). Die Diskussion bestreitet der Politikwissenschaftler und Journalist Ismail Küpeli.

Das von August Bebel am 29. Dezember 1906 eingeweihte **Gewerkschafts-haus** feierte soeben seinen **110. Geburtstag** mit der Renovierung und Wiedereröffnung des historischen Musiksaals, der im Zuge eines Erweiterungsbaus 1913 eingeweiht werden konnte. Aus diesem Anlass lädt der DGB Hamburg zu **zwei Haus-Rundgängen** mit Michael Joho, dem Autor der Festschrift von 2006, ein, und zwar am **Dienstag, den 29. November**, sowie am **Donnerstag, den 1. Dezember**, jeweils um 15.00 Uhr ab Foyer (Besenbinderhof 60). Anmeldung über <https://hamburg.dgb.de/-/hSp>.



Überlasst sie nicht der See, so lautet der dramatische Appell und das Motto einer **Solidaritätsveranstaltung** am **Dienstag, den 29. November**, um 19.00 Uhr in der Heinrich-Wolgast-Schule (Carl-von-Ossietzky-Platz). Die Veranstalter – die Refugees-Welcome-Initiative und der Einwohnerverein St. Georg – haben an diesem Abend **Ingo Werth** zu Gast. Der Hamburger ist seit Längerem als **Einsatzleiter auf der »Seawatch 2«** engagiert, einem jener beiden Schiffe, die Geflüchtete aus Seenot im Mittelmeer gerettet haben. Sein O-Ton: »Wir haben bisher an der Rettung von mehr als

20.000 Menschen mitgewirkt, wir versorgen Verletzte, Bewusstlose und Kranke in unserem Hospital an Bord und fordern sichere Fluchtmöglichkeiten für die Menschen auf der Flucht. Solange diese nicht garantiert sind, macht die EU sich schuldig am Tod von Tausenden von Menschen.«



Im Rahmen der **Woche der Inklusion** geht es am **Mittwoch, den 30. November**, im Bürgersaal des Bezirksamtes Wandsbek (Am Alten Posthaus 4) von 13.00 bis 17.00 Uhr auf einer Fachtagung von BHH Sozialkontor sowie fördern & wohnen um das **Quartier als Bewegungsraum**. Wie lässt sich ein Quartier zu einem lebendigen Lebensort entwickeln? Und wie können dabei inklusive Bewegungsräume gefördert und gestaltet werden? Die Teilnahme an der Tagung kostet 20 Euro, ermäßigt 10, eine Anmeldung per E-Mail an fachtag@bhh-sozialkontor.de ist vonnöten.

Über **»Nationale Opposition« in der demokratischen Gesellschaft. Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis heute** referiert Gideon Botsch (Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V. Potsdam) am **Donnerstag, den 1. Dezember**, um 18.30 Uhr in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Beim Schlump 83). Das anschließende Gespräch führt Oliver Wrochem (KZ-Gedenkstätte Neuengamme).



(Fast) zum Abschluss der Veranstaltungsreihe »Sport in Politik, Geschichte und Gesellschaft« geht es ebenfalls am **Donnerstag, den 1. Dezember**, um **Weltmeisterschaften und Olympische Spiele als Agenten von Nationsbildung**, einen interessanten Vortrag von Dr. Thorsten Logge (Universität Hamburg), der vielleicht noch einmal an den Olympia-Volksentscheid in Hamburg vor einem Jahr erinnert. Die Veranstaltung findet im Museum für Völkerkunde (Rothenbaumchaussee 64) statt und beginnt um 18.00 Uhr.



Am **Wochenende 3./4. Dezember** findet in der HAW (Alexanderstraße 1) eine erste große **Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel** am 7./8. Juli 2017 in Hamburg statt. Zwei Tage lang (am Samstag von 11.00 bis 20.00 Uhr, am Sonntag von 10.00 bis 14.30 Uhr) wollen die KritikerInnen aus nah und fern in Workshops und Plena über lokale, nationale und internationale Aspekte wie den Hamburger Hafen, feministische Perspektiven, Rojava und durchgängig natürlich über etwaige Aktions- und Widerstandsformen diskutieren. Im Mittelpunkt dabei: die Großdemonstration mit anvisierten 50.000 TeilnehmerInnen am 8. Juli 2017 (dazu die Pressekonferenz unter https://www.youtube.com/watch?v=Ew1KSQj_wdm). Mehr Infos zur Konferenz und Anmeldung: www.g20hamburg.org.

**AKTIONS-
KONFERENZ
GEGEN DEN
G20-GIPFEL 2017**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt für **Montag, den 5. Dezember**, ein zur Diskussion **Direkte Demokratie – Ausweg oder Irrweg?** Auf dem Podium sind beteiligt: Frank Decker (Professor für Politische Wissenschaft, Universität Bonn), Andreas Dressel (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Gregor Hackmack (Leiter von change.org Deutschland). Anmeldung per E-Mail an hamburg@fes.de. Kost nix!

Unter den nicht allzu vielen fortschrittlichen HistorikerInnen in der Nachkriegsära stand einer ganz vorne an: Wolfgang Abendroth (1906–1985), Professor in Marburg, Antifaschist und erklärter Marxist. Am **Montag, den 5. Dezember**, 20.00 Uhr, geht es in der Heinrich-Heine-Buchhandlung (Grindelallee 26–28) um eben diesen **Partisanen-**



professor im Land der Mitläufer, also um **Wolfgang Abendroths aufklärerisches Engagement in Hochschule und linker Bewegung**. Der Herausgeber von Abendroths Schriften, Michael Buckmüller (Uni Hannover, Offizin Verlag), referiert über sein Lebenswerk und politisches Vermächtnis. Die Moderation obliegt Axel Schildt (Forschungsstelle für Zeitgeschichte).



Waffenexport und Grenzaufrüstung, das ist das Thema einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Donnerstag, den 8. Dezember**, um 19.30 Uhr in der W3 (Nernstweg 32-34). Zu Gast sind an diesem Abend Jan van Aken, Hamburger Rüstungsexperte und außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, und Ulrike Borchardt, Politikwissenschaftlerin im Arbeitsbereich Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg. Mehr unter www.hamburg.rosalux.de/event/56863/waffenexporte-und-grenzaufreuestung.html.

Das Vorspiel zu dem globalen Großereignis findet schon mal am **8./9. Dezember 2016** statt, wenn in Hamburg 10.000 PolizistInnen aufmarschieren, um den in der Elbmetropole angesetzten **OSZE-Gipfel** zu »schützen«, eine »Generalprobe« für den G20-Gipfel, wie sich Polizei-Diakon Marc Meiritz auszudrücken pflegte. »Hamburg bereitet sich auf Massen-Festnahmen vor«, titelte das Abendblatt am 14. November lapidar...



Beklemmend aktuell ist das Thema des Vortrags von **Frank Deppe** am **Freitag, 9. Dezember**, um 19:00 Uhr an der Universität Hamburg (Allende-Platz 1, Raum 250) über **Politisches Denken im 20. Jahrhundert**. In seinem kürzlich in einer Neuauflage erschienenen gleichnamigen Standardwerk stellt der Abendroth-Schüler und em. Professor der Universität Marburg maßgebliche politische Denkrichtungen im 20. Jahrhundert und ihre gesellschaftlichen Bedingungen vor. Eine seiner Leitfragen lautet: Besteht immer noch die Gefahr einer Wiederkehr der Barbarei – oder die Möglichkeit einer fortschrittlichen Erneuerung? Eine gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg in Kooperation mit Professor Olaf Asbach, Institut für Politikwissenschaft, Universität Hamburg und dem VSA: Verlag.



Die Solidarität mit dem griechischen Volk scheint in den letzten Monaten deutlich in den Hintergrund getreten zu sein. Doch an der Basis sind weiterhin Menschen bemüht, praktische Unterstützung zu organisieren. Ein Beispiel: Die in Hamburg geborene **Tagesschau-Moderatorin Linda Zervakis** – sie hat deutsch-griechische Wurzeln – liest am **Donnerstag, den 15. Dezember**, um 19.30 Uhr im Völkerkundemuseum (Rothenbaumchaussee 64) aus ihrem **Buch »Königin der bunten Tüte«**. Sie beschreibt darin ihre Kindheit und Jugend in Hamburg. Die Einnahmen aus der Veranstaltung (15 Euro im Vorverkauf) gehen zu 100% an den Förder- und Freundeskreis Ellinikó, der soziale Arztpraxen und Hilfszentren in Griechenland unterstützt. Vorher und in der Pause gibt es ein griechisches Weinbuffet mit kleinen Leckereien.



Noch bis zum 30. Januar 2017 wird die bereits im letzten BürgerInnenbrief angekündigte **Ausstellung »Die Moderne siegt im Laubengang«** zu sehen sein. Es geht der Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg dabei um die Hochhaussiedlung Kirchdorf-Süd, die mittlerweile 40 Jahre existiert. Die sehr sehenswerte Ausstellung wird im Laurens-Janssen-Haus (Kirchdorfer Damm 6) präsentiert.

Lenzini für soziales Wohnen

Von Manuela Pagels, Lenzinitiative



Foto: Lenzviertel-Initiative

Alles begann 2014 mit der Antwort auf eine Anfrage der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel zum Stand der Sozialwohnungen und dem Auslauf der Sozialbindung in den nächsten Jahren. In Lokstedt läuft 2017 für knapp 900 Wohnungen die Sozialbindung aus, so die Antwort. Es war schnell klar, dass dies nur die Lenzsiedlung am untersten Ende von Lokstedt sein konnte.

DIE LINKE machte sich an das Thema, ich kandidierte für die Wahl der Bezirksversammlung und wir zogen mit Unterschriftenlisten von Infotisch zu Infotisch, auf Veranstaltungen und machten viele Klingelaktionen in der Siedlung. Im Ergebnis hatten wir 400 Unterschriften, damals noch mit der Forderung, die Bindung zu verlängern. Der Wahlkampf war gut und fünf gewählte Mitglieder der LINKEN in der Bezirksversammlung, das waren zwei mehr als zuvor.

Vor der Apostelkirche war es uns gelungen, Olaf Scholz »aufzulauern« und ihm die Unterschriften in die Hand zu drücken. In der Veranstaltung sagte er, dass das mit der Lenzsiedlung ein Problem sei und sie da was machen müssten. Was immer er meinte, es passierte nichts.

Der Antrag, eingebracht von mir für DIE LINKE, wurde wegen angeblicher Befangenheit zurückgestellt. Eine Befangenheit aber konnte auch das Rechtsamt nicht feststellen. Der Unwille der Koalition, sich mit der sozialen Situation der Menschen in der Stadt zu beschäftigen, war deutlich geworden. Sie stampften den Antrag in Grund und Boden und brachten einen Alternativantrag. Dieser Antrag war eine ReferentInnenanfrage bei der SAGA für den Stadtplanungsausschuss. Diese Koalition löst keine Probleme, sie redet mal mit VertreterInnen der SAGA! Das nennen sie dann Alternative!

Zur letzten Bürgerschaftswahl konnten wir im Januar 2015 im Bürgerhaus die KandidatInnen der verschiedenen Parteien befragen. Bei dieser Gelegenheit versprach Dr. Monika Schaal (SPD) einen Runden Tisch zum Thema Sozialbindung mit SAGA, Politik und MieterInnen. Auch dies war ein Käpt'n Blaubär Wahlversprechen (<https://www.youtube.com/watch?v=GeQWjBd18vY>).

Im August hatte sich Familie Maruhn an mich gewandt, sie waren verzweifelt, dabei sah alles so gut aus. Am 8. August 2016 bekam die Familie das Exposé einer Vier-Zimmer-Wohnung zugeschickt. Es folgten Besichtigung und Einreichen der Bewerbungsunterlagen. Nach dem Urlaub begannen die Probleme und das Klinkenputzen für die Familie beim Finanzamt, Jobcenter und Arbeitsamt. Arbeitsverträge mussten geschlossen werden, wurden dann korrigiert, Steuerklassen geändert. Die geforderte Miet-Übernahmebescheinigung beim Jobcenter gab es nicht. Wieso auch? Die Familie ist nicht Kunde dort, war es noch nie und will es auch nicht werden. Doch keine der Antworten und Lösungen, die die Familie erbrachte, konnte die Mitarbeiterin der SAGA zufriedenstellen. Montagabends, mit dem Einwurf des geänderten Arbeitsvertrages, hätten sie alles Menschenmögliche getan und würden nun die Wohnungszusage bekommen, dachte Frau Maruhn. Doch die SAGA-Mitarbeiterin antwortete am Dienstag. »Leider können wir Ihnen an dieser Stelle nicht weiterhelfen, da einige Aspekte in Ihrer derzeitigen persönlichen Situation nicht unsere Anforderungen für die Neuanmietung der von Ihnen besichtigten Wohnung erfüllen. Mit freundlichen Grüßen ...«

Das ist ein Skandal! Eine Nachfrage von mir bei dem Geschäftsstellenleiter Herrn Oliczewski brachte nicht viel. Er

äußerte die Befürchtung, dass die Familie nach Abzug der Miete »in schweres Fahrwasser kommen« würde und nicht mehr genug zum Leben hätte. Das stimmt so gar nicht. Das Erwerbseinkommen der Familie liegt deutlich über dem Hartz-IV-Regelsatz. Aber auch wenn dies nicht so wäre, welche Alternative hat eine Familie denn, wenn die Sozialwohnung zu teuer wird? Auf dem freien Wohnungsmarkt suchen? Das ist alles Quatsch! Wenn man die Antwort der SAGA ernst nimmt, haben wir in den nächsten Jahren mit erheblichen Mietsteigerungen zu rechnen. Die Intransparenz bei der Neuvergabe von Wohnungen bei der SAGA führt zu Ängsten und Missgunst in der Nachbarschaft. Das macht die Situation der Mieterinnen und Mieter der Lenzsiedlung nicht einfacher.

Nun war es aber an der Zeit, die geplante Mieterinitiative ins Leben zu rufen, denn 2017 naht. Nachdem sich am 15. Oktober 2016 im Hof der Lenzsiedlung eine 50 MieterInnen starke Mieterinitiative gegründet hatte, kamen bis heute zum zweiten Treffen noch einmal 107 NachbarInnen dazu. Viele hatten den Flyer der Initiatorinnen nicht verstanden. Die Sprecherinnen legten zum zweiten Treffen nun viersprachig nach und erreichten damit viele NachbarInnen (http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Anwohner-wehren-sich-gegen-Mieterhoehung,hamj51088.html).

Hauptthema auch beim zweiten Treffen waren die ins Haus stehenden Mieterhöhungen. Daneben kamen viele organisatorische Details zur Sprache. Wann treffen wir uns wo? Es wird zu kalt, gibt es Räume? Wer kann eine Website erstellen und pflegen? Rechtsberatung, wer kann helfen?

Wir stecken noch in den Kinderschuhen, aber es ist großartig, so viele Menschen mit ihren Talenten und Ideen in Aktion zu sehen. Wir müssen schauen, welche Themenkreise wir bilden und wie die Informationen besser und schneller an die NachbarInnen weitergegeben werden. Die Arbeit beginnt, es gibt viele Aktive und die Wut ist groß (<https://www.eimsbuetteler-nachrichten.de/lenzsiedlung-sozialbindung-miet->

[preise-eimsbuettel/](https://www.eimsbuetteler-nachrichten.de/lenzsiedlung-sozialbindung-miet-preise-eimsbuettel/) – <http://niendorfer-wochenblatt.de/nachrichten/artikel/612>).

Am 14. November 2016 hat uns der Hamburger Landesverband DIE LINKE ins Café Büchner eingeladen. Wir haben beraten, welche Chancen eine solche MieterInneninitiative haben kann. Die LINKE wird das Thema SAGA-Sozialbindungen in ihrer mietenpolitischen Kampagne begleiten. An dieser Stelle Danke für die Hilfe.

Am 20. November 2016 war unsere vierte Veranstaltung in fünf Wochen! Neben vielen Informationen zum Stand der Organisation und Ergebnissen waren die Diskussionen zu Instandhaltung vs. Instandsetzung und Modernisierung, weitere Mieterhöhungen, Kappungsgrenze usw. Thema. Ein RIESENKOMPLIMENT an meine Nachbarinnen und Nachbarn – ich war schon auf vielen Veranstaltungen, habe aber eine so rege Nachbarschaft noch nie erlebt. Ich danke euch sehr für die regen Wortmeldungen – deshalb wohne ich gern hier!

Vielen Dank an unsere fachkundigen Referierenden, Dr. C. Ensslen, H.J. Lutz und mit Grüßen für gute Besserung dem erkrankten C. Sibila. Dass im Podium nur LINKE saßen, fanden alle normal. Das sind doch die einzigen, die sich kümmern, so das Fazit. Es wurde der Vorschlag zur Aktion 30. Dezember 2016 – gemeinsame Abgabe der Zustimmung – gemacht! Für alle, die die Miete mit Leistungen aus Jobcenter, Wohngeldstelle oder Grundsicherungsamt bezuschussen, gilt die Pflicht zur Mitwirkung. Wir haben für alle Briefe vorbereitet. Die schriftliche Zusage der Kostenübernahme sollte vorliegen, bevor die Zustimmung unterschrieben wird.

Am 27. November werden wir beim Flohmarkt auf dem Else-Rauch-Platz um Unterstützung aus dem Stadtteil bitten und am 23. Dezember wird es um 18 Uhr eine vorweihnachtliche Mahnwache geben. Wir wollen mit Kerzen und anderen Lichtern eine Menschenkette um unsere Siedlung bilden. Wir brauchen noch jede Menge Unterstützung für diese Aktion, denn die Siedlung ist doch ganz schön groß.



Foto: Lenzviertel-Initiative

Mieterinitiative Lenzsiedlung
c/o Pagels
Julius-Vosseler-Straße 130
22527 Hamburg

Senatskanzlei
Olaf Scholz
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und Präsident des Senats
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Hamburg, den 25.10.2016

Sehr geehrter Herr Olaf Scholz,
wir sind Vertreter der am 15.10.2016 von 50 Mietern gegründeten Mieterinitiative in der Lenzsiedlung. Wir wenden uns heute an Sie, um Sie an den 7.10.2014 zu erinnern. Damals haben Sie 400 Unterschriften unter der Forderung, die Sozialbindung in der Lenzsiedlung zu verlängern, erhalten. In der anschließenden SPD-Wahlveranstaltung in der Apostelkirche hörten wir von Ihnen, dass man in Sachen Lenzsiedlung was tun müsse. Doch Sie taten nichts.

Wir fordern Sie und den Senat auf, sich die Situation in der Siedlung und der angrenzenden Nachbarschaft anzuschauen und gemeinsam mit uns Lösungen zu finden.

Wir sind der Meinung, dass Sozialwohnungen in unserer Stadt auf jeden Fall Sozialwohnungen bleiben müssen. Die Stadt besitzt in Eimsbüttel kaum noch eigene Flächen, um sozialen Wohnungsbau zu realisieren.

Fällt am 1.1.2017 die Sozialbindung in der Lenzsiedlung, gibt es in der unteren Hälfte Eimsbüttels kaum noch nennenswert sozialen Wohnraum. Die einkommensschwächeren Bürger Eimsbüttels werden in den Norden nach Eidelstedt und Schnelsen verdrängt. Am Ende Ihrer vielgerühmten Stadtentwicklungspraxis der Durchmischung entstehen soziale Ballungszentren an den Außengrenzen Eimsbüttels, während im Kern und um die Osterstraße herum munter gentrifiziert wird.

Viele unserer Nachbarn arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen und erhalten aufstockend Wohngeld oder Hartz IV. Familien, die bisher ohne staatliche Hilfen leben konnten, werden in die Armut gedrängt und müssen beim Staat betteln gehen. Die Zahl der Rentner, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können, steigt stetig. 60% unserer Nachbarn sind Migranten aus 60 Nationen, sie alle haben für ihren Aufenthaltstitel gelernt, ohne Geld vom Staat zu leben. Deshalb stellen viele Migrantenfamilien keine Anträge in die Sozialsysteme, obwohl sie einen Anspruch hätten. So leben diese Familien oft unter dem Hartz-IV-Regelsatz und können keine hohen oder mehrmaligen Mietsteigerungen kompensieren. Auch sie werden in die Armut getrieben oder verdrängt.

Unsere gute und funktionierende Nachbarschaft ist nicht gewillt, das geschehen zu lassen.

Wir alle sind nicht in der Lage, höhere Mieten zu zahlen, und wir alle wollen hier bleiben.

Ein weiterer Aspekt unseres Widerstandes ergibt sich daraus, dass wir faktisch vor unserer Haustür Zeuge des rot-grünen Wohnungsbauprogrammes werden. Da wird eine große stadteigene Fläche gegen eine viel kleinere genossenschaftliche Fläche getauscht. Auf der restlichen Fläche darf ein privater Investor wegen der Durchmischung bauen. Auch hier wird auf Verdrängung gesetzt. Die 80 niedrigpreisigen Singlewohnungen der DHU werden abgerissen und durch 100 öffentlich geförderte Wohnungen ersetzt. Das ist ein Plus von 20 Wohnungen mit sozial verträglichen Mieten. Ihr Drittmix geht nicht auf. Ein Plus von 20 von 200 Wohnungen ist kein Drittel! Das ist ein ganz miserables und inakzeptables Ergebnis, bedenkt man, wieviel Stadtgrün dafür verdrängt wird. Neben der immer stärkeren Versiegelung in unserem Umkreis werden jetzt auch die Kleingärten verdrängt. Eine Bürgerinitiative dazu haben Sie von oben herab abgewürgt.

Wir fordern, den Neubau von Sozialwohnungen auf bereits versiegelten Flächen wie beispielsweise dem SAGA-Parkhaus in der Julius-Vosseler-Straße und dem angrenzenden ALDI-Parkplatz. Hier können Quartiersgaragen und Wohnungen entstehen.

Wir fordern den Erhalt von Stadtgrün und Möglichkeiten der Naherholung.

Wir fordern, dass die Wohnungen der stadteigenen SAGA/GWG in der Lenzsiedlung Sozialwohnungen bleiben.

Wir, die Mieterinitiative und die engagierten Bürgerinnen und Bürger in und um die Lenzsiedlung herum, sind zu Gesprächen bereit. Bei der Gelegenheit bietet es sich an, ein SPD-Wahlversprechen einzufordern. Frau Dr. Monika Schaal meinte, es müsse einen Runden Tisch mit Vertretern aus Politik, SAGA, Mietern der Lenzsiedlung und Nachbarn aus Eimsbüttel Nord, Stellingen und Lokstedt geben.

Darum bitten wir nun.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Mieterinitiative der Lenzsiedlung

Simone Maruhn Manuela Pagels

Kein Olympia-Wahnsinn für Hamburg

Heike Sudmann blickt ein Jahr nach dem Referendum zurück



2015, Aktion gegen Olympiastau (Linksfraktion Hamburg)

Am 29. November jährt sich zum ersten Mal ein besonderer Tag für Hamburg: Die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Sommerspiele 2024 wurde von der Mehrheit der HamburgerInnen abgelehnt. Trotz einer millionenschweren Werbekampagne für Olympia, trotz einer überwiegend einseitigen Berichterstattung der hamburgischen Medien, trotz einer fragwürdigen Änderung der Verfassung zugunsten eines sogenannten Bürgerschaftsreferendums mussten die Olympia-BefürworterInnen eine deftige Niederlage einstecken.

Zur Erinnerung sei an dieser Stelle ausführlicher aus dem »BürgerInnenbrief« vom Dezember 2015 zitiert:

»Als Hamburg im Frühjahr 2015 vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) auserkoren wurde, sich als deutscher Austragungsort für die Olympischen Spiele 2024 zu bewerben, war der Jubel vielerorts groß. Umfragen sprachen von einer Zustimmung der hamburgischen Bevölkerung für Olympia in ihrer Heimatstadt, die bei weit über 60%, angeblich sogar über 70% liege. Zu diesem Zeitpunkt werden viele HamburgerInnen noch gedacht haben: »Wow, hochklassige Sportveranstaltungen, die es sonst nur im Fernsehen zu sehen gibt, werden direkt vor meiner Haustür stattfinden und ich kann dabei sein.« Auch in linken Kreisen gab es Sportbegeisterte, die Olympia in Hamburg erstmal klasse fanden.

Sport? Nur eine Randerscheinung der Olympischen Spiele in Hamburg

In den nächsten Monaten schälte sich jedoch langsam ein anderes Bild von Olympia 2024 heraus. Um den Sport ging es nur noch am Rande, Olympia wurde vor allem als eine Art Allzweckwaffe der Stadtentwicklung gepriesen. Motor, Beschleuniger, Katalysator für alles Mögliche. Bei genauerem Betrachten zeigte sich jedoch, dass es viele starke Behauptungen, aber maximal schwache Beweise gab...

Finanzen – die Frage des Vertrauens für Olaf Scholz ...

Für viele HamburgerInnen wurden die Kosten zur Kernfrage. Im Spätsommer hatte der Hamburgische Rechnungshof schon moniert, dass die Spiele ein großes Risiko bergen, vor allem mit Blick auf den mit dem IOC abzuschließenden Gastgeberstadtvertrag. »Die sich hieraus ergebende, nahezu vollständige Verlagerung aller Risiken, insbesondere auch der Haftungsrisiken, auf eine Gastgeberstadt führt zu einer deutlichen Unausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung.«

Im Oktober 2015 wurde von der Senatskanzlei ein Finanzreport vorgelegt, der für die Olympischen Spiele 2024 Kosten von 11,2 Mrd. Euro ermittelte. Den weitaus größten Teil, nämlich 7,4 Mrd. Euro, sollte die öffentliche Hand tragen. Im Finanzreport wurde ausdrücklich betont, dass es sich nur um eine Annäherung an die Kostenpositionen und zu erwartenden Erlöse handele. Doch das hielt den Ersten Bürgermeister, Olaf Scholz, nicht davon ab, die gewagte Behauptung aufzustellen, der Kostenbeitrag Hamburgs wird auf 1,2 Mrd. Euro gedeckelt. Die restlichen 6,2 Mrd. Euro sollte der Bund zahlen. Leider würde der Bund aber noch Zeit brauchen und könne sich erst im Januar 2016, also weit nach dem Referendum, entscheiden. Sollte der Bund weniger Geld geben, würde er, Olaf Scholz, im Januar 2016 allein entscheiden, die Bewerbung abzublenden.

Dabei war anscheinend schon im November klar, dass der Bund so viel Geld nicht zahlen würde. Noch am Abend des Referendums sagte der Bundesfinanzminister Schäuble in einer Talkshow bei Günter Jauch, dass sich der Bund auf gar keinen Fall in dieser Höhe beteiligen würde. Es ist nicht davon auszugehen, dass Olaf Scholz hierüber nicht informiert war.

Mittlerweile ist auch klar, dass der Bund sich noch nicht mal an den Bewerbungskosten Hamburgs beteiligt. Die Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH, bestehend aus dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der Freien und Hansestadt Hamburg, der Bundesrepublik Deutschland,

dem Land Schleswig-Holstein mit der Landeshauptstadt Kiel und der Handelskammer Hamburg, war in ihrem Gesellschaftervertrag von einem Bewerbungsbudget in Höhe von rund 50 Mio. Euro ausgegangen. Die Hälfte hiervon sollte von privaten SponsorInnen aufgebracht werden. Der Vertrag war jedoch so formuliert, dass Hamburg von vornherein die schlechteren Karten hatte. So antwortete der Senat am 27. Oktober 2015 auf eine Anfrage von mir (Drs. 21/1969, Nr. 5a.): »Soweit die frühzeitige Beendigung der Bewerbung die Auflösung der Gesellschaft zur Folge hat, regelt der Gesellschaftsvertrag, dass das über den Nennwert verbleibende Vermögen an die Gesellschafter im Verhältnis der von diesen geleisteten Zuzahlungen fällt. Weitere Regelungen sind in der Haftungsverfassung der Gesellschaft nicht enthalten, so dass ein Ausgleich unter den Gesellschaftern für die entstandenen Kosten der Verständigung unter den Gesellschaftern unterliegt.«

Die »entstandenen Kosten« für die Bewerbung belaufen sich auf mindestens zwölf Mio. Euro, bezahlt von Hamburg. Die »Verständigung« unter den GesellschafterInnen sieht so aus, dass der Bund keinen Cent zahlt, sondern Hamburg allein auf diesen Kosten sitzen bleibt. Wenn sich der Bund schon bei diesen »Peanuts« im Vergleich zu den Olympiakosten in zweistelliger Milliardenhöhe fein raushält, hätte er Hamburg auch kaum den Gefallen getan, mindestens 6,2 Mrd. Euro plus x für die Olympischen Spiele zu zahlen.

Ein Jahr später Erkenntnisgewinn bei den Olympia-BefürworterInnen?

So ist es kein Wunder, dass ein Jahr nach dem gescheiterten Olympia-Referendum und mit Blick auf die Explosion der Kosten in Rio (Olympische Spiele 2016) und Tokio (2020) auch die hiesigen Olympia-BefürworterInnen zu erkennen scheinen, dass die Mehrheit der HamburgerInnen mit ihrer Stimmabgabe gegen die Olympiabewerbung die Stadt Hamburg vor einem Desaster bewahrt hat.

Selbst im »Hamburger Abendblatt«, das massiv an der Pro-Olympia-Kampagne mitgewirkt hat, ist in einem Kommentar am 20. Oktober 2016 zu lesen: »Der erste Jahrestag des Hamburger Olympia-Referendums naht, und mit jedem Tag wächst das Gefühl, dass die Bürgerinnen und Bürger am 29. November vielleicht doch eine weise Entscheidung getroffen haben, als sie sich gegen eine Bewerbung um die Spiele 2024 ausgesprochen haben.«

Nach Hamburg hat übrigens auch Rom seine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 zurückgezogen, Hauptgrund hierfür waren die uferlosen Kosten.

Nie wieder Olympia – oder doch ein Hintertürchen geöffnet?

Doch es scheint auch andere Entwicklungen zu geben. Nach Medienberichten präferiert der DOSB eine erneute Bewerbung Hamburgs für 2028 (vgl. <http://www.wz.de/home/sport/specials/olympia/olympia-2028-geht-nrw-gegen-hamburg-ins-rennen-1.2275392>). Wie bindend die Mehrheitsentscheidung der Hamburger BürgerInnen gegen das Olympiaevent für den Senat ist, ob es seinerseits Bemühungen um eine erneute Kan-



Foto: Linksfraktion Hamburg

didatur für die Sommerspiele 2028 gibt oder ob er alle Bestrebungen anderer für eine erneute Kandidatur für die Sommerspiele 2028 zurückweisen wird – diese Fragen von mir wird der Senat demnächst beantworten müssen.

P.S.: IOC bleibt seinem Ruf treu

Auch ein Jahr nach dem Referendum hat sich beim IOC wenig geändert. So gab es während der Olympischen Sommerspiele 2016 in Brasilien einen Ticketskandal. Die »Süddeutsche Zeitung« berichtete am 29. August:

»Im berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis Bangu bei Rio de Janeiro durfte sich Pat Hickey bisher der Rückendeckung der Sportfamilie gewiss sein. Vor zwei Wochen hatte Brasiliens Polizei den irischen Multifunktionär, unter anderem Chef des heimischen olympischen Komitees (OCI) und Vorstand im Internationalen Olympischen Komitee (IOC), während der Sommerspiele festgenommen.

Die Behörden verdächtigen ihn, illegalen Tickethandel für die Rio-Spiele betrieben und eine kriminelle Vereinigung gebildet, womöglich gar angeführt zu haben. Um die 1.000 Karten aus dem OCI-Kontingent soll er nebst anderen Billets zu überteuerten Preisen weiterverkauft haben. Aber das IOC unter Führung des Deutschen Thomas Bach, zu dessen sportpolitischen Vertrauten Hickey zählt, gab sich gnädig. Es erfolgten keine Sanktionen. Stattdessen verwies es auf die Unschuldsvermutung.

Schon dieses Vorgehen erzeugte Kritik. Nun könnten Olympia-Boss Bach und das IOC durch die Hickey-Affäre selbst in die Bredouille geraten. Die brasilianische Polizei hatte bei der Verhaftung Hickeys am 17. August im Windsor Hotel Barra auch dessen Computer und Mobiltelefon sichergestellt. Danach wertete sie einen umfangreichen Mail-Verkehr des irischen Funktionärs aus – auch den mit Bach. In der Kommunikation zwischen den beiden sind neben vielen anderen auch zwei Nachrichten aus dem Sommer 2015 dokumentiert, in denen es ganz explizit um Ticketfragen geht.« (<http://www.sueddeutsche.de/sport/olympia-tickets-fuer-das-fussball-final-bitte-1.3139355>).

Kulturtipp: 500 Jahre zurück ... und die Folgen



Hintergrundfoto: Soenke Rahm/wikimedia ©

Der 31. Oktober wird weltweit als Reformationstag begangen, im nächsten Jahr ist er hierzulande sogar – einmalig – ein arbeitsfreier Feiertag. Vor 500 Jahren, am 31. Oktober 1517, soll Martin Luther (1483-1546) seine berühmten 95 Thesen an das Hauptportal der Schlosskirche in Wittenberg angeschlagen haben. Egal, ob und wie genau das passiert ist, entscheidend ist, dass mit Luther und der Reformation eine Bewegung ausgelöst wurde, die nicht nur Deutschland, sondern im Gefolge auch Europa und im Grunde den ganzen Erdball verändert hat. Der Hype mit Tausenden Veranstaltungen zum Reformations- und Lutherjahr ist inzwischen eingeläutet, Anlass also, sich mit Luther und den Folgen zu beschäftigen.

Eine gute Möglichkeit bietet die bereits angelaufene, insgesamt 21-teilige Veranstaltungsreihe der St. Georger Geschichtswerkstatt. Sie will einer Zeit nachspüren, »die nach allgemeiner Überzeugung die Grundlagen für unsere gegenwärtige Welt gelegt hat« und mit den Strömungen des Humanismus, der Renaissance und der Aufklärung schließlich ihren Höhepunkt in der Französischen Revolution 1789 fand, im Ruf nach »liberté, égalité, fraternité«. »Doch Freiheit? Brüderlichkeit?«, wie der ehrenamtlich engagierte Verein kritisch hinterfragt, »insbesondere mit der Gleichheit aller Menschen ist es bis heute nicht weit her, nicht in Deutschland, nicht in Europa, schon gar nicht auf dem Erdenrund. Da

heißt es also, am Ball zu bleiben.« Hier sei besonders auf zwei Veranstaltungen hingewiesen, das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter www.gw-stgeorg.de. Am Freitag/Samstag, den 9./10. Dezember, jeweils um 20.00 Uhr in der Dreieinigkeitskirche (St. Georgs Kirchhof), präsentiert der **Stadtteilchor Drachengold** sein diesjähriges Programm **UmBruch-Stücke, eine Revue zu Reformation & Rebellion**, bei der es die rund 50 ProtagonistInnen »vielfarbig klingen, zischeln und krachen lassen«. Der Eintritt für diese größte aller St. Georger Veranstaltungen überhaupt (mit alljährlich knapp 1.000 BesucherInnen an den beiden Abenden) beträgt 10, ermäßigt 6 Euro. Karten im Vorverkauf gibt es auf der Langen Reihe 38 (Optiker Beckert) und 55 (Buchhandlung Wohlers).

Und der zweite Tipp ist das **Literarische Menü** unter dem Titel: **Notizen aus der Dunkelkammer. Über Tyrrani und Uffrur und mehr Licht bei geschlossenen Augen**. Es findet zweimal statt: am Samstag, den 4. Februar, um 18.00 Uhr im Kulturladen (Alexanderstraße 1), und am Freitag, den 7. April, um 18.00 Uhr im Klub des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 62). Der Eintritt beträgt jeweils 17 Euro und schließt ein Buffet (ohne Getränke) ein. Im ersten Falle bitte anmelden unter Tel. 28 00 78 55, im zweiten per E-Mail an post@wolfgang-rose-info.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.